

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle mit der Kreuzschraube 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. (Postgebühr).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Verkaufspreis: 10 Pf. (Postgebühr).
Abbestellen und ändern der Bestellungen kann jederzeit bei der Geschäftsstelle oder bei den Postämtern geschehen. Bei Abbestellung ist die letzte Ausgabe zu bezahlen. Bei Änderung der Bestellungen ist die neue Bestimmung rechtzeitig zu machen. Bei Abbestellung ist die letzte Ausgabe zu bezahlen. Bei Änderung der Bestellungen ist die neue Bestimmung rechtzeitig zu machen.

Abbestellen und ändern der Bestellungen kann jederzeit bei der Geschäftsstelle oder bei den Postämtern geschehen. Bei Abbestellung ist die letzte Ausgabe zu bezahlen. Bei Änderung der Bestellungen ist die neue Bestimmung rechtzeitig zu machen. Bei Abbestellung ist die letzte Ausgabe zu bezahlen. Bei Änderung der Bestellungen ist die neue Bestimmung rechtzeitig zu machen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Fortrenniamis Tharandt, Finanzamts Meissen.
Nr. 258. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Abk.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag 5. November 1925

Der „erwachende Islam“

Nun beginnt zu den anderen vorderasiatischen Fragestellungen, also Mesopotamien, Syrien, Arabien, auch noch Persien, ein Problem zu werden. Allerdings nach einer ganz „erwünschten“ Richtung hin, als das bisher der Fall war. Einst, vor 20 Jahren, suchte Rußland dort einen Zugang zum Mittelmeer, stieß aber bald mit England zusammen, das sich sein „indisches Glacis“ nicht bedroht lassen wollte. 1907 vertrat man sich, indem man Einflusssphären schuf und dem Schah von Persien nur eine Scheinhegemonie ließ. Das Land, in unglaublicher Unordnung mühte dann die künftigen Reformen über sich ergehen lassen von denen am bekanntesten die Arbeit der schwedischen Gendarmereinstruktoren geworden ist. Im Weltkrieg wurde natürlich die „Neutralität“ des ohnmächtigen Landes gar nicht beachtet; erst der russische Zusammenbruch befreite den Norden Persiens, das nun ganz zum englischen Interessengebiet wurde. Liegen doch im Süden und Westen die gewaltigen Ölfelder der Anglo-Persian Oil Company, die gewaltige Rohlieferungen bis zum Arabischen Golf geleitet hat. Von Norden her begann aber allmählich in das zerstückelte Land der Bolschewismen einzudringen. Parteihäupter, Räuberhefen, allgemeine Verfall schienen sehr bald das Land ganz in die weit ausgedehnten Arme Englands zu treiben.

Da kam, wie in der Türkei, in höchster Not ein Mann als Retter, Reza Khan. Der einfache Soldat hatte sich durch kriegerische Verdienste allmählich in der persischen „Armee“ hochgearbeitet und von den Schweden viel gelernt. Dann schuf er sich selbst eine kleine, aber gut disziplinierte und eingetübte Truppe, mit der er eines Tages den landesüblichen Staatsstreich probierte. Mit Glück gelang — als Kriegsminister — nun daran, seine Truppe allmählich zu vergrößern, weil auf ihre Seite beruhte. Mit den Engländern verstand er es sich gut zu stellen, und schließlich hat er jetzt zur tatsächlichen Macht auch die formelle erhalten: der Schah-in-Schah wurde vom Parlament für abgesetzt erklärt und die Regierung dem Ministerpräsidenten Reza Khan in die Hand gegeben, bis eine neue Verfassung geschaffen ist. Er wird dann wohl Präsident werden.

So ist denn wieder eine Monarchie im vorderen Orient zusammengebrochen, durch ureigenes Schuld. Sehr ist der berühmte „Pflanzthron“ in Teheran verwaist. Aber Persien konjoliert sich, wenn es auch noch nicht damit rechnen kann, sich irgendwie aus den englischen Umklammerungen zu lösen. Ein gewaltiges Echo aber hat das französische Bombardement von Damaskus in der ganzen islamischen Welt ausgelöst, ein Bombardement, über das sich übrigens England am wenigsten aufregen sollte. Denn die englische Flotte hat es 1884 mit Alexandria genau so gemacht. Londoner Nachrichten zufolge ist der „Aufstand“ in Syrien im Wachsen, wobei wohl die arabischen Stämme zwischen Damaskus und Aleppo die Hauptträger sind, also das Gebiet des Antilibanon bis nach Homä heran. Und von dort aus ist es nicht mehr weit bis zur türkischen Grenze. Dabei ist die arabische Bevölkerung Palästinas in furchtbarer Gärung, das Ostjordanland so gut wie unabhängig und die Niederschlagung des Drusen aufstandes völlig mißglückt. Die Araber nach Ägypten hinüber sind gleichfalls schon angeknüpft und Marokko ist durchaus nicht erledigt; dort haben die Regengüsse des Winters Abd-el-Krim gereizt und Frankreichs Budget mit einer zweiten Milliarde belastet.

Die Türkei wartet. Bei der soeben erfolgten Eröffnung des Parlaments untertrieb Kemal Pascha in seiner Programmrede das gute Verhältnis zu Moskau, das eine Zeitlang überaus getrübt gewesen ist. Aber die Hauptaufgabe sei auch hier: innere Konsolidierung und Ablehnung jeder Lösung der lebenswichtigen Moskaufrage in etwa nichttürkischer Richtung. Fester denn je ist niemals die Stellung, trotzdem er sich und seine Regierung in härtesten Gegensatz gegen den Islam einstellt.

Gewiß mögen religiöse Spannungen auch mitspielen bei dem, was in Vorderasien vor sich geht; aber es sind doch vor allem nationale Erbitterungen, die die bewegenden Ursachen sind, der frühere scharfe Gegensatz zwischen Türken und Arabern, woraus die ganze englische Kriegs- und Nachkriegspolitik basierte, ist verschwunden. Nicht der Islam, sondern die Völker Vorderasiens erwachen.

Bainleves Kabinett gerettet.

Paris, 3. November.
Die heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Bainleves in der Kammer und vom Justizminister Chanalemy in der Senat verlesene Erklärung der neuen Regierung kündigt neue Maßnahmen zur Regelung der Finanzschwierigkeiten an. Man könne nicht fortgesetzt in wirtschaftlicher Unbeständigkeit leben, weil sie Unruhe schafft, die Arbeit entmuttert und den Geist der Sparsamkeit behindert sowie den Kredit Frankreichs im Ausland bedroht. Die Opfer an Geld, die die Verteidigung der öffentlichen Finanzen fordert, sowie die Blutopfer, die die Verteidigung des Heimatbodens fordert, müssen obligatorisch sein, damit niemand sich ihnen entziehen kann. Die Regierung wolle sichere und häufige Einnahmen fordern.

Die schleichende Krise.

Es wird abgewartet.

Berlin, 3. November.
An der vorläufig abwartenden Stellung der Regierung zu der innerpolitischen Lage hat sich auch durch die zwölftägige Konferenz des Reichskanzlers mit den Führern der drei Parteien, die jetzt noch hinter dem Kabinett Dr. Brüning stehen, nichts geändert. An der Besprechung nahmen auch die Reichsminister mit Einschluß der heute nach Berlin zurückgekehrten Minister Dr. Stresemann und Dr. Brauns teil. Die Beratungen zogen sich bis in die Nachmittagsstunden hinein. Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurückzutreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Welterfüllung der Regierung. Es herrschte nach halbamtlicher Mitteilung allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationalen Partei, deren vorläufiges Verhalten an dem deutschen Gesamtschicksal willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat. Die Vertreter der Parteien gaben jener der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschwärter Zustand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den geschwebenden Körperlichkeiten unterbreitet werden kann.

Besprechungen der Parteien.

Berlin, 3. November.
Die deutschnationalen Reichstagsfraktion trat heute im Reichstag zusammen, nachdem vorher der Vorstand der Fraktion gelagert hatte. Auf der Tagesordnung der deutschnationalen Fraktions-sitzung stand als einziger Punkt: „Unsere nächsten Maßnahmen zur politischen Lage.“
Nachmittags versammelte sich der Vorstand der demokratischen Reichstagsfraktion, die „Waterländischen Verbände“ hatten einen Reichsvereinertrag einberufen. Den Vorsitz führte General z. D. von der Goltz. Der deutschnationalen Abgeordnete Quack führte aus, die Lösung der Krise sei nur auf zwei Wegen möglich: Entweder Dr. Lüthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück und der Reichspräsident muß entscheiden. Wenn bei einer Befragung des Volkes gegen uns entschieden wird, so ist eine jahrelange Amtsregierung zu erwarten. Wir richten uns auf diesen Kampf ein, ohne Rücksicht auf eigenen Vorteil oder Nachteil.

Eine Entschliebung der Demokraten.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 4. November. Der Hauptvorstand der Deutschdemokratischen Partei trat gestern nachmittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Einstimmig wurde folgende Entschliebung angenommen: Der Parteivorstand billigt die Haltung des Parteivorstehenden zur innen- und außenpolitischen Entwicklung und erklärt sich mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig macht, 2. sich für eine eheliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Einigung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gewährt, die der Festigung der Republik dient, 4. sich auf die Parteien stützt, die diese Innenpolitik entschlossen mitmachen.

Sozialisten gegen Regierung.

Mit 1431 gegen 1228 Stimmen hat der Nationalrat der Sozialistischen Partei den Beschluß gefaßt, dem Kabinett Bainleves seine Unterstützung zu versagen. Die Kammer hat die Fraktionen der Partei aufgefordert, entweder gegen das Ministerium zu stimmen oder sich der Abstimmung zu enthalten. Damit ist das neue Kabinett der Mehrheit beraubt, auf die es von Anfang an gerechnet hat und allein rechnen konnte. Die Republikanische Union, die den Hauptstützen des bloß national beseitigt, hat bereits früher beschloffen, Bainleves ihre Gefolgschaft zu versagen, so daß dieser, selbst wenn er wollte, auch keine bürgerliche Mehrheit in der Kammer mehr finden kann. Man erwartet den abermaligen Sturz Bainleves.
Der Vertrauensantrag
Paris, 4. November. Nach Schluß der Debatte über die allgemeine Politik der Regierung haben die Abgeordneten

Stresemann über Locarno.

Königsberg, 3. November.
Bei dem Bankett, das aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Königsberger Allgemeinen Zeitung in Königsberg stattfand, hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Rede, in der er kurz auf die außenpolitische Lage zu sprechen kam. Er sagte u. a.: Man kann doch nicht, wenn man Weihnachten hat, auf seinen Wunschzettel alles aufschreiben, was jeder sich für die nächsten Weihnachten ebenfalls wünscht. Wir müssen doch das eine sehen, daß die Welt ein Interesse daran hat, daß innerhalb Europas ein Friedenszustand geschaffen wird, der notwendig ist für unsere moralische und wirtschaftliche Stellung. Wir brauchen Hilfe von außen, um aufrecht zu bleiben. Das zu gesehen, ist keine Schande, denn auch andere europäische Völker brauchen diese Hilfe von außen. Unsere Landwirtschaft, unsere Industrie braucht sie, und damit sie uns zur Verfügung gestellt wird, brauchen wir die Politik auch als Werkzeug für unsere wirtschaftliche Erneuerung. Wir wollen für unser Rheintal herausholen, was herauszuholen ist, und da ist es Pflicht des deutschen Volkes, mindestens bis zur Stunde der Entscheidung gefaßt hinter der Regierung zu stehen und abzuwarten. Es ist unendlich falsch, wenn Parteien und Parteihäupter sich in Dinge mischen, in denen es keine Parteien geben sollte.

Befehungsabbau im Rheintal.

Köln, 3. November.
Nach englischen Meldungen werden bereits in den nächsten Tagen im Rheintal wichtige Änderungen im dem Befehungsregime stattfinden. Es soll sofort eine ganze Division französischer Befehungsstruppen aus dem Rheintal abgezogen werden. Die alliierte Rheintal-Kommission soll den Auftrag erhalten haben, 32 Distriktsdelegierte abzubauen. Es sollen nur noch in Mainz, Wiesbaden, Trier, Koblenz und in der Pfalz je ein Distriktsdelegierter tätig sein.
Es soll nunmehr endgültig bestimmt sein, daß die englische Rheinarmee, etwa 10 000 Mann, nach der Räumung Kölns in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenskopfes Mainz, und zwar in die Kreise Wiesbaden-Stadt und -Land, Rheingau und Untermain verlegt wird. Die Kreise Königstein, Obermain, Höchst a. Main, Groß-Gerau usw. bleiben von französischen Truppen besetzt. In der Stadt Wiesbaden wird das englische Hauptquartier und der gesamte Generalkommando sein Standort nehmen. In der Nacht zum Sonntag haben zwanzig Truppentransportzüge der Besatzung die Stadt verlassen, und zwar wie man annimmt, in Richtung nach dem Elsaß.

Die Opfer der französischen Beschiebung von Damaskus.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 4. November. Nach einer Privatmeldung aus Beirut sind bei der Beschiebung von Damaskus über 1500 Leichen auf den Straßen aufgefunden worden, etwa 600 Leichen wurden unter den Trümmern der Häuser hervorgezogen. Die Beschiebung dürfte jedoch weit mehr Opfer gefordert haben, da zahlreiche Leichen bereits von den Angehörigen geborgen waren, bevor die Aufräumungsarbeiten vorgenommen wurden.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Madrid, 4. November. Nach dem Zustandekommen des deutsch-italienischen Handelsvertrages besteht hier die Hoffnung, daß die deutsch-italienischen Verhandlungen ein beschleunigtes Tempo annehmen, da durch den deutsch-italienischen Vertrag auch für diese Verhandlungen eine gewisse Grundlage geschaffen ist. Noch immer besteht die Hauptschwierigkeit darin, daß die spanischen Gesetze keine Meißbegünstigung kennen. Auf beiden Seiten besteht aber der Wunsch, die Verhandlungen im Geiste der Verständigung zu Ende zu führen.

Sozialisten gegen Regierung.

Mit 1431 gegen 1228 Stimmen hat der Nationalrat der Sozialistischen Partei den Beschluß gefaßt, dem Kabinett Bainleves seine Unterstützung zu versagen. Die Kammer hat die Fraktionen der Partei aufgefordert, entweder gegen das Ministerium zu stimmen oder sich der Abstimmung zu enthalten. Damit ist das neue Kabinett der Mehrheit beraubt, auf die es von Anfang an gerechnet hat und allein rechnen konnte. Die Republikanische Union, die den Hauptstützen des bloß national beseitigt, hat bereits früher beschloffen, Bainleves ihre Gefolgschaft zu versagen, so daß dieser, selbst wenn er wollte, auch keine bürgerliche Mehrheit in der Kammer mehr finden kann. Man erwartet den abermaligen Sturz Bainleves.
Der Vertrauensantrag
Paris, 4. November. Nach Schluß der Debatte über die allgemeine Politik der Regierung haben die Abgeordneten